

# Erklärung

**im Zusammenhang mit dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen  
nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen  
Beschäftigung (SchwarzArbG) und  
§ 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für  
grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte  
Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen  
(Arbeitnehmer-Entsendegesetz)**

Wir erklären, dass weder das Unternehmen noch Angehörige des Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen

- nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro oder
- nach § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro

belegt worden sind. Straf- oder Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das/die genannte(n) Gesetz(e) sind gegen uns nicht anhängig. Den Einsatz von Subunternehmen machen wir davon abhängig, dass diese gegenüber ihren jeweiligen Hauptunternehmer eine gleichartige Erklärung abgeben.

Uns ist bekannt, dass wir bei Nichtabgabe der Erklärung bzw. unvollständiger oder nicht rechtzeitiger Abgabe bei der betreffenden Auftragsvergabe unberücksichtigt bleiben.

X

---

Ort, Datum, ggf. Firmenstempel

X

---

Unterschrift